

► Allgemeines

Bundesregierung fürchtet problematische Auswirkungen auf Arbeitsanreize durch Grundeinkommen. Eine von 52 973 Unterstützerinnen und Unterstützern gezeichnete Eingabe beim Petitionsausschuss des Bundesrates sieht die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für jeden erwachsenen Bürger in Höhe von 1500 Euro vor. Zugleich soll das Steuersystem vereinfacht werden. Dazu sollen alle bestehenden Transferleistungen, Subventionen und Steuern abgeschafft werden und nur eine Konsumsteuer für die Staatseinnahmen sorgen. Nach Ansicht der Union müsse dieses Grundeinkommen jedoch auch erwirtschaftet werden. Es stelle sich außerdem die Frage, wie bei einem festen Einkommen von 1 000 oder 1 500 Euro die Motivation zur Arbeitsleistung erhalten bleiben solle. Aus Sicht der FDP ist es schwer vermittelbar, dass ein solches Grundeinkommen auch an Vermögende gezahlt werden solle. Quelle: *Heute im Bundestag vom 8.11.2010*

Kabinett beschließt Nationale Engagementstrategie und „Aktionsplan CSR“. Mit der Nationalen Engagementstrategie legt die Bundesregierung den Grundstein für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besser aufeinander abgestimmte Engagementförderung in Deutschland. Die Bundesregierung reagiert mit der Nationalen Engagementstrategie auf die wachsende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Schon heute engagieren sich 36 % der deutschen Bevölkerung über 14 Jahre freiwillig – etwa 23 Mio. Menschen. Davon setzen sich 10 % in dem Bereich „Sport und Bewegung“ ein, gefolgt von „Kindergarten und Schule“ (6,9 %) und „Kirche und Religion“ (6,9 %). Die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung verfolgt eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen, die Einbindung von Stiftungen und des bürgerschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen, eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten sowie bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement. Das CSR-Forum, dem 44 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft angehören, berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Anfang 2009 bei der Entwicklung einer nationalen CSR-Strategie. Corporate Social Responsibility (CSR) steht für verantwortliches unternehmerisches Handeln im eigentlichen Kerngeschäft. Quelle: *Internetredaktion des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 6.10.2010*

Studie zu Familienplanung und Migration. Um den Zusammenhang von Familienplanung und Migration zu untersuchen sowie den Informations- und Beratungsbedarf von Migrantinnen zu Themen wie Familienplanung und Verhütung festzustellen, hat die Bundeszentrale für

gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eine Studie durchgeführt. Hierfür wurden in Berlin, Stuttgart, Nürnberg und Oberhausen 1674 Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund sowie 839 deutsche Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren befragt. 18 % der weiblichen Bevölkerung in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Lediglich 6 % der türkischen und 8 % der ost-europäischen Befragten über 34 Jahre sind kinderlos, bei den westdeutschen Frauen sind es 17 %. Schwangerschaftsabbrüche kommen bei Migrantinnen häufiger vor als bei deutschen Frauen. Bezogen auf jeweils 100 Frauen haben durchschnittlich 27 türkische, 48 osteuropäische und neun deutsche Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen. Unabhängig vom Herkunftsland brechen mehr Frauen mit niedriger Schulbildung eine Schwangerschaft ab als Frauen mit höheren Bildungsqualifikationen. Der Informations- und Beratungsbedarf ist hoch. Die Hälfte der türkischen Frauen wendet sich bei Fragen zur Familienplanung, zur Verhütung, zu sexuell übertragbaren Krankheiten oder Aids an die Ärzteschaft, vor allem an Gynäkologinnen und Gynäkologen. Dabei ist es ihnen wichtig, dass sie sich in ihrer Muttersprache informieren können. Osteopärienen informieren sich ähnlich wie deutsche Frauen am liebsten über das Internet oder Informationsmaterialien. Weitere Informationen können unter www.forschung.sexualaufklaerung.de abgerufen werden. Quelle: *Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) vom 26.10.2010*

Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen. Zur Vernetzung von Kompetenzen, Ressourcen und Potenzialen. Dokumentation. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Selbstverlag. Berlin 2010, 64 S., kostenlos *DZI-D-9199*

Im November 2009 fand in Mainz eine Fachtagung für und mit Migrantenorganisationen statt, deren Diskussionsinhalte und Arbeitsergebnisse in diesem Bericht dokumentiert sind. Ziele waren die Entwicklung konkreter Strategien zur Stärkung der gesellschaftlichen Partizipation von Migrantinnen und Migranten sowie deren Organisationen und die Erarbeitung von Ansätzen für produktive Netzwerkbildungen. Über 150 Teilnehmende beschäftigten sich mit der Analyse von Handlungsbedarfen im Hinblick auf die politische Vertretung und öffentliche Präsenz von Migrantenorganisationen, um die Wahrnehmung von deren Ressourcen und Potenzialen und ihre Kooperation mit Bildungsträgern und staatlichen wie wirtschaftlichen Einrichtungen voranzubringen. Die Broschüre steht im Internet unter www.b-b-e.de/index.php?id=migration-integration1 zum Download bereit oder ist als Druck zu beziehen beim BBE, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-125

► Soziales

Die Pflege als Wirtschaftszweig. Wie sich in einer Studie des Wifor-Instituts der Technischen Universität Darmstadt zeigte, gehört die Pflege inzwischen zu den wichtigsten Branchen der deutschen Wirtschaft. Die Anzahl der in diesem Bereich tätigen Arbeitskräfte sei zwischen 1969 und 2008 um knapp 50 % gestiegen und habe im Jahr 2008 mit 1,12 Mio. deutlich über derjenigen der in der Autoindustrie beschäftigten Menschen (749 000) gelegen. Die Pflegebranche erwartet im Zuge des demographischen

Wandels einen Fachkräftemangel, der nach Auffassung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (BPA) eine Qualifizierungsoffensive und die Einführung einer Greencard für ausländische Pflegekräfte erfordert. Laut Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft würde der Einsatz osteuropäischer Haushaltshilfen in der Pflege eine 24-Stunden-Betreuung zu einem Drittelpreis der Heimkosten ermöglichen – eine Einsparungsoption, die laut der Berliner Behinderten-Zeitung auf der hier üblichen Illegalität und den dadurch entfallenden Steuern und Abgaben beruht. Bei Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge entstünden genauso hohe Preise wie für die regulären ambulanten Dienste. *Quelle: Berliner Behinderten-Zeitung 11.2010*

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im Jahr 2008. Laut Informationen der Bundesagentur für Arbeit waren im Jahr 2008 rund 135 000 Firmen und Behörden verpflichtet, 5 % ihrer Arbeitsplätze an schwerbehinderte oder gleichgestellte Menschen zu vergeben. Da von den etwa 987 000 Pflichtarbeitsplätzen nur rund 875 800 besetzt worden seien, liege der im Jahr 2008 erreichte Prozentsatz mit 4,3 % zwar geringfügig über demjenigen des Vorjahrs (4,2 %), aber immer noch deutlich unter der gesetzlich vorgeschriebenen Beschäftigungsquote. Zu beobachten sei auch, dass die private Wirtschaft im Hinblick auf die genannte Integrationsbestimmung mit 3,7 % hinter dem öffentlichen Sektor (6,1 %) zurückliege. *Quelle: ZB Zeitschrift 3.2010*

Mehr Grundsicherungsleistungen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen die Grundsicherungsausgaben der Kommunen und überregionalen Träger im Jahr 2009 mit 3,9 Mrd. Euro um 6,7 % über denjenigen des Vorjahres und haben sich damit seit Einführung dieser Unterstützungsform im Jahr 2003 nahezu verdreifacht. Nachdem sich die Anzahl der Hilfebeziehenden gegenüber dem Jahr 2008 um 0,5 % verringert hatte, erhielten am Jahresende 2009 insgesamt 764 000 volljährige Personen beziehungsweise 1,1 % der bundesdeutschen Bevölkerung entsprechende Leistungen. Von diesen gehörten jeweils rund die Hälfte zur Gruppe der voll erwerbsgeminderten (47,7 %) und der sich im Ruhestand befindlichen (52,3 %) Personen. Knapp ein Viertel wohnte in stationären Einrichtungen wie Pflege- oder Altenheimen. Der Anteil der grundsicherungsberechtigten Frauen war zwar um 2,3 % gesunken, lag aber mit 1,2 % auch im Jahr 2009 noch über demjenigen der Männer mit 1 %. Wie schon in den Vorjahren fand die Grundsicherung im früheren Bundesgebiet ohne Berlin stärkere Verbreitung mit besonders hoher Inanspruchnahme in den Stadtstaaten Bremen (2,04 %), Berlin (1,95 %) und Hamburg (1,83 %). In Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bayern lag die Empfängerquote unter 1 %. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21.10.2010*

VdK sucht pflegende Angehörige. Um die Belange der häuslichen Pflege in Zukunft besser berücksichtigen zu können, sucht der Sozialverband VdK pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, die bereit sind, in Presse, Funk und Fernsehen über ihre Erfahrungen zu berichten. Der VdK bittet um die Übersendung eines kurzen Erfah-

rungsberichtes über Belastungen und Unterstützungsbedarfe, aus dem hervorgeht, ob die Bereitschaft besteht, gegenüber den Medien Auskunft zu erteilen und an Film-aufnahmen teilzunehmen. Postanschrift: Sozialverband VdK Deutschland, Anja Engnatz, In den Ministergärten 4, 10117 Berlin oder per E-Mail an: kontakt-berlin@vdk.de
Quelle: VdK Zeitung 11.2010

Mehrkosten für Privatisierung der Bewährungshilfe. Gemäß einer Untersuchung des zuständigen Landesrechnungshofes entstehen in Baden-Württemberg durch die im Jahr 2007 vorgenommene und bis 2016 angesetzte vollständige Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf den aus Österreich stammenden gemeinnützigen Träger „Neustart“ anstatt der geplanten Einsparungen

Mehrkosten in Höhe von 46,8 Mio. Euro. Diese setzen sich aus mehreren Komponenten zusammen, wie beispielsweise dem Grundentgelt für Sachkosten und Querschnittsaufgaben, dem Kapitalisierungsentgelt für ausscheidende Landesbedienstete sowie Ausgaben für Räumlichkeiten, ehrenamtliche Kräfte und das Pilotprojekt. Allein im vergangenen Vertragsjahr sei ein Mehraufwand von 5 Mio. Euro entstanden. Neustart hingegen habe in den ersten beiden Jahren einen Gewinn von über 7 Mio. Euro erzielt. Der Landesrechnungshof bemängelt, das Justizministerium habe es versäumt, vor der Aufgabenübertragung eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorzunehmen und fordert, den Vertrag mit Neustart rechtzeitig zum 31.12.2011 zu kündigen. *Quelle: Lotse Info 10.2010*

► Gesundheit

Neuer Leitfaden Prävention veröffentlicht. Ziel des Spitzenverbandes Bund der Krankenkasse) ist es, bei der Förderung präventiver Angebote in Zukunft konkreter und verbindlicher zu werden. So wurden die inhaltlichen und methodischen Anforderungen für die Förderung von präventiven Maßnahmen präzisiert und Ausschlusskriterien genauer definiert. Für die Gesundheitsförderung im Setting verweist der Leitfaden auf die Good-Practice-Kriterien als Förderkriterien. Stärker als bisher sollen wirtschaftlich und sozial schwache Personen berücksichtigt und von Zuzahlungen und finanziellen Vorleistungen befreit werden. Es habe sich gezeigt, dass insbesondere sozial benachteiligte Menschen Präventionsmaßnahmen bräuchten, diese aber bisher nur selten nutzten. Weitere Informationen sind unter <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/?id=main1&news=382> abzurufen.
Quelle: Pressemitteilung der Arbeitgemeinschaft für Gesundheitsförderung, Gesundheit Berlin-Brandenburg vom 16.9.2010

Kein Diagnoseschlüssel für Burnout. Obwohl laut Schätzungen der Krankenkassen bis zu neun Millionen Deutsche an einem Burnout leiden, gibt es für dieses Gesundheitsproblem bisher keinen einheitlichen Diagnoseschlüssel, denn es wird weder in der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-10) noch im Diagnostischen und Statistischen Handbuch psychischer Störungen (DSM-IV) berücksichtigt. Wegen der fehlenden allgemeingültigen Kriterien zur Abgrenzung von anderen Krankheitsbildern liegen Diagnose und Therapie laut Einschätzung des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) allein im ärztlichen Ermessen. Zugleich

scheine das Syndrom immer öfter aufzutreten, was für die Krankenkassen erhebliche Kosten verursache. Weitere Informationen und ein Bericht des DIMDI stehen im Internet unter www.dimdi.de/static/de/dimdi/presse/pm/news_0297.htm. Quelle: G + G. 20.2010

Initiative für Organspenden. Unter dem Motto „ORGAN-PATEN werden“ startete am 12. Oktober dieses Jahres eine Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), um die Öffentlichkeit im Rahmen einer Tour quer durch Deutschland für das Thema Organ- und Gewebespenden zu sensibilisieren. Zehn elektronische und mechanische Informationsmodule laden ein, sich interaktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen, während für persönliche Fragen ein geschultes Team und Vertreternde lokaler Selbsthilfegruppen zur Verfügung stehen. Laut einer aktuellen Erhebung der BZgA ist die Bereitschaft zu Organspenden in den letzten zwei Jahren von 67 % auf 74% der Befragten zwischen 14 und 75 Jahren angestiegen. In dieser Gruppe habe sich die Anzahl der Personen, die einen Organspendeausweis besitzen, von 17 % auf 25 % erhöht. Da jedoch immer noch ein großer Aufklärungsbedarf bestehe, werde man vor Ort konkret auf Ängste und Vorbehalte der Bevölkerung eingehen. Näheres im Internet unter www.organpaten.de und www.bzga.de/presse/hintergrundinformationen. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 12.10.2010

► Jugend und Familie

Mehr Kinder in Tagespflege. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist die Anzahl in der öffentlich geförderten Tagespflege untergebrachter Kinder im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um rund 14 % auf 112 000 angestiegen. Die Hauptursache für diese Entwicklung bestehe im Ausbau der Angebote für die unter Dreijährigen, denn 64 % (72 000) der 2009 betreuten Kinder habe sich in dieser Altersgruppe befunden – 18 % mehr als noch im Jahr 2008. Laut der Angaben erhöhte sich die Anzahl der Tagesmütter und Tagesväter im gleichen Zeitraum um 2 000 (6 %), womit durchschnittlich etwa drei Kinder von einer Person beaufsichtigt würden. Die Tagespflege auf privater Basis ist in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 25.10.2010

Initiative zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Als Teil des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ startete das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag am 29. Oktober dieses Jahres die Kampagne „Familienbewusste Arbeitszeiten“. Ziel ist es, Arbeitgebende zu motivieren und dabei zu unterstützen, flexiblere und damit familienfreundlichere Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten, was laut einer Befragung der Stiftung Ravensburger Verlag den Wünschen von 96 % der Eltern entspreche. Gernade im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftemangel bildeten flexiblere Arbeitszeiten eine wirksame Strategie, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Schon über 3 000 Arbeitgebende seien dem zugehörigen Unternehmensnetzwerk beigetreten. Die Initiative setzt den Rahmen für eine Veranstaltungsreihe des Bundesfamilienministeriums und für gezielte Werbemaßnahmen zu den Vorteilen der

Arbeitszeitflexibilisierung. Weitere Informationen und eine Datenbank mit über 100 guten Beispielen finden sich im Internet unter www.erfolgsfaktor-familie.de (Link: Arbeitszeiten). Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 29.10.2010

Broschüre für Alleinerziehende. Im Oktober dieses Jahres erschien die Handreichung „Schöner arbeiten“ mit Informationen zu Themen wie Teilzeitarbeit, freiberufliche Hebammentätigkeit, Elternzeit, Kinderbetreuung und berufliche Weiterbildung sowie einem Verzeichnis thematisch relevanter Veranstaltungen bis Juni 2011. Die Broschüre findet sich im Internet unter www.vamv-berlin.de und kann bestellt werden beim Verband alleinerziehender Mütter und Väter – Landesverband Berlin, Seelingstraße 13, 14059 Berlin, Tel.: 030/851 51 20, Fax: 030/85 96-12 14, E-Mail: vamv-berlin@t-online.de

Studie zum Verhalten Jugendlicher. Laut der Studie „Jugendsexualität 2010“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gehen Jugendliche heute später sexuelle Beziehungen ein als vor fünf Jahren und nutzen häufiger Verhütungsmittel. So sei zu beobachten, dass in Deutschland aufgrund der verantwortungsbewussten Aufklärung durch Elternhaus und Schule sowie vielfältiger Beratungsangebote weniger Teenager schwanger würden als in anderen Ländern Europas. In der Darstellung der aktuellen Beobachtungen in Korrelation zur vorherigen Messung im Jahr 2005 liegt der Schwerpunkt auf dem Vergleich junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Dokumentation der Langzeittrends bezieht sich ausschließlich auf Jugendliche deutscher Staatsangehörigkeit, da nur zu diesen empirische Längsschnittdaten aus Vorläuferstudien seit dem Jahr 1980 vorliegen. Grundlage der bestehenden Erhebung sind Befragungen von 3 542 Adoleszenten und großteils auch deren Eltern. Wer nähere Informationen sucht, findet ein zusammenfassendes Hintergrundpapier im Internet unter <http://www.forschung.sexualaufklaerung.de>. Quelle: G + G Gesundheit und Gesellschaft 10.2010

► Ausbildung und Beruf

Ausbildung zum Manager work-life-competence. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Bertelsmann Stiftung haben während der vergangenen Monate 52 Personalverantwortliche aus Unternehmen sowie 18 Berater und Beraterinnen aus Kammern, Verbänden und Organisationen zu sogenannten „Work-life-competence-Experten“ qualifiziert. Diese stehen ihren Unternehmen jetzt als Fachleute für Familienfreundlichkeit zur Verfügung oder unterstützen die jeweiligen Mitgliedsunternehmen. Manager und Managerinnen von Organisationen aus dem wirtschaftsnahen Umfeld wurden darin qualifiziert, familienfreundliche Sensibilisierungs- und Unterstützungsangebote für Mitgliedsunternehmen zu erarbeiten. Zentrale Themen waren unter anderem der demographische Wandel, Mitarbeitergewinnung angesichts des Fachkräftemangels und die Bedeutung einer gelebten Unternehmens- und Wertschätzungs kultur. Die Bertelsmann Stiftung und das Bundesfamilienministerium kooperieren seit 2003 im Rahmen des Projekts „Balance von Familie und Arbeitswelt“. Praxisorientierte Angebote zur Unterstützung des Mittelstandes

bei der Realisierung einer familienbewussten Arbeitswelt, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Kongresse sowie wissenschaftliche Studien und zahlreiche Publikationen sind konkrete Ergebnisse dieser Zusammenarbeit. Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ vom 10.11.2010

Modellprojekt für Bachelor-Graduierte mit einem Handicap. Um Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen mit einer Schwerbehinderung den Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu einem aufbauenden Master-Studium zu erleichtern, bieten das Robert Koch-Institut und das Paul-Ehrlich-Institut im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium geförderten Modellprojektes ProBas entsprechende Qualifizierungen zur Vermittlung erster praktischer Erfahrungen in Forschung, Wissenschaft und Verwaltung. Weitere Aktivitäten von ProBas bestehen in der Entwicklung eines elektronischen Lernportals für behinderte Menschen und allgemein der Konzipierung von Ansätzen, um deren beruflicher Diskriminierung entgegenzuwirken. Weitere Informationen und die aktuellen Stellenausschreibungen unter www.projekt-probas.de. Quelle: Das Band 5.2010

Neue Fachschule für Sozialpädagogik geplant. Als Antwort auf den in Berlin herrschenden Fachkräftemangel im Erziehungsbereich plant der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) die Gründung einer entsprechenden Hochschule an diesem Standort. Das Konzept orientiert sich an humanistischen und reformpädagogischen Prinzipien. Wenn das Vorhaben gelingt, können dort bereits im

Schuljahr 2011/2012 staatlich anerkannte Erziehende ausgebildet werden. Nach dem sechssemestrigen Vollzeit- oder Teilzeitstudium besteht im Idealfall die Möglichkeit, in eine der 23 Kindertagesstätten des HVD-Berlin zu wechseln. Quelle: Paritätischer Rundbrief 8/9.2010

Fortbildungsangebote für 2010. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

AWO Bundesakademie, Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin, Tel.: 030/26 309-142, Fax: 030/26 309-211, E-Mail: info@awo.org

Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: info@eahonline.de, Internet: www.eahonline.de

Katholische Fachhochschule Mainz, Postfach 23 40, 55013 Mainz, Tel.: 06 131/289 44-0, Fax: 06 131/289 44-50, E-Mail: info@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de

Bundeskademie für Kirche und Diakonie gGmbH, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/488 37-488, Fax: 030/488 37-300, E-Mail: info@bundeskademie-kd.de, Internet: www.bundeskademie-kd.de

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100, E-Mail: leute@difu.de, Internet: www.difu.de/seminare

Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel. 06 151/879 80, Fax: 06

Wir denken weiter.

Zum Beispiel für Geldanlagen.

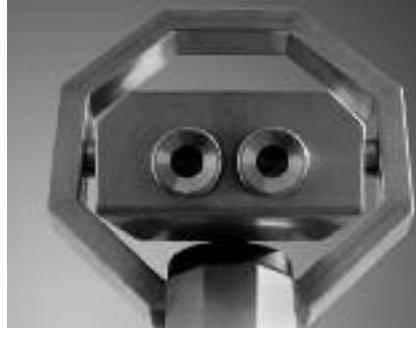
Der neue BFS-Nachhaltigkeits-Fonds verfolgt einen hohen ethischen Anspruch. Dafür investiert das Fondsmanagement ausschließlich in Wertpapiere, deren Emittenten als nachhaltig eingestuft wurden.

Sprechen Sie mit uns. Über diese und andere attraktive Anlagemöglichkeiten.

Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de



**Bank
für Sozialwirtschaft**



151/87 98 58, E-Mail: efhd@efh-darmstadt.de, Internet:
www.efh-darmstadt.de

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung,
Landesverband Bayern e.V., Fortbildungsinstitut, Kitzinger
Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 09 131/754 61-0, Fax: 09
131/754 61-90, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de,
www.lebenshilfe-bayern.de

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung,
Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, Hartmühlweg 8,
55122 Mainz, Tel.: 06 131/967-140(136), Fax: 06
131/967-142, Internet: www.lsjv.rlp.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches
Landesjugendamt, Postfach 400260, 80702 München,
Tel.: 089/12 61-04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: post
stelle@zbfs-blja.bayern.de

GK Quest Akademie, Maaßstraße 28, 69123 Heidelberg,
Tel.: 06 21/739 20 30, Fax: 06 21/739 20 39, E-Mail: info
@gk-quest.de

Tagungskalender

18.1.2011 Köln. Fachtagung: Gemeinnützige Vereine und
ihre Vorstände: Arbeitstagung zur Identifikation von Qua-
lifizierungsbedarf. Information: 3WIN e.V., Johannis-
straße 79, 50668 Köln, Tel.: 02 21/42 06 07 34, E-Mail:
info@3win-institut.de

10.-11.2.2011 Dresden. Fachtagung: Soziale Arbeit in Zei-
ten neoliberaler Zumutungen. Information: sofi – Sozial-
wissenschaftliches Fortbildungsinstitut Zentrum für For-
schung, Weiterbildung und Beratung an der ehs Dresden
gGmbH, Postfach 20 01 43, 01191 Dresden, Tel.: 03 51/
477 94 11, E-Mail: sofi@ehs-dresden.de

24.-26.2.2011 Nürnberg. Kongress christlicher Führungs-
kräfte. Information: Kongress christlicher Führungskräfte,
Steinbühlstraße 3, 35578 Wetzlar, Tel.: 06 441/915-132,
E-Mail: kontakt@christlicher-kongress.de

11.-13.3.2011 Köln. Fachtagung zum Thema ADHS bei
Erwachsenen. Information: Dipl.-Betriebswirtin (DH) Adina
Stephan, Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz,
50923 Köln, Tel.: 02 21/22 42 58 23, E-Mail: adhs-tagung
@uni-koeln.de

17.-20.3.2011 Nürnberg. Messe: Produkt- und Leistungs-
schau von Werkstätten für behinderte Menschen. Infor-
mation: NürnbergMesse GmbH, Projektleitung Werkstät-
ten: Messe, Messezentrum, 90471 Nürnberg, Tel.: 09 11/
86 09-0, E-Mail: info@nuernbergmesse.de

23.-26.3.2011 Essen. Deutscher Kongress für Psycho-
somatische Medizin und Psychotherapie: Psychosomatik
im Dialog. Information: Thieme Congress, Rüdigerstraße
14, 70469 Stuttgart, Tel.: 07 11/89 31-594, E-Mail: info
@deutscher-psychosomatik-kongress.de

24.3.2011 Essen. Seminar zum Umgang mit psychisch
kranken Mitarbeitern. Information: Marlies Hommelsen,
Familien-Selbsthilfe Psychiatrie (BApK e.V.), Oppelner
Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/96 59 757, E-Mail:
hommelsen.bapk@psychiatrie.de

25.3.2011 Zürich. Internationale Tagung: Engagement
bewegt. Interdisziplinäre und internationale Tagung zu
freiwilligem Engagement und informellem Lernen. Infor-
mation: Engagement bewegt!, PHZ Zug, Zugerbergstraße
3, CH-6300 Zug, Tel.: 00 41/41/727 12 59, E-Mail: konfe-
renz@engagement-bewegt.ch